

# Herrschafts und Gesellschaft im antiken Griechenland

Im antiken Athen gab es eine Volksherrschaft. Jeder Bürger (mit Ausnahme von Frauen, Kindern, Metöken und Sklaven) konnte an der Volksversammlung teilnehmen, in der alle wichtigen politischen Entscheidungen getroffen wurden. Diese Volksversammlung wurde von dem Rat der 500 vorbereitet, welcher aus zehnmal 50 Vertretern bestand. Die Geschäftsführung wechselte zwischen ihnen alle 36 Tage und jeder Bürger über 30 konnte per Wahl in diesen Rat aufgenommen werden. Die gerichtlichen Entscheidungen wurden ebenfalls in großen Versammlungen besprochen, in welchen hunderte gewählte Athener ein Urteil bestimmten. Um die Fairness dieser Abläufe zu sichern gab es verschiedene Kontrollmöglichkeiten. Kein Bürger durfte ein Amt mehr als ein Jahr belegen und jeder muss per Los gewählt werden. Außerdem gab es jedes Jahr eine Abstimmung, in welcher ein zu politisch führender Bürger für zehn Jahre verbannt werden konnte. Um zu sichern, dass jeder Bürger an der Politik teilhaben konnte gab der Staat Tagesgelder aus und ermöglichte so auch ärmeren Bürgern an z. B. der Volksversammlung teilzunehmen.

Aus heutiger Sicht wirkt die Demokratie Athens schon recht fortschrittlich, unterscheidet sich aber in ein paar Punkten zu dem was wir heute als Demokratie kennen. So konnte in Athen nicht jeder Bürger mitbestimmen. Nur die "vollwertigen Bürger" hatten die Macht und das System vernachlässigte Frauen und fremde Leute, welche aber dauerhaft in Athen

lebten. Die direkten Entscheidungen der Volksversammlung und Volksgerichte wirken nach heutigem Standard ebenfalls problematisch. So stellt sich die Frage ob getroffene Entscheidungen in solch großen Gruppen wirklich ausreichend durchdacht wurden. Außerdem bevorzugte das System wohlhabende Bürger, da sie einen besseren Zugang zu den Versammlungen hatten und mit ihrem Geld die Meinung der Leute beeinflussen konnten. Zusammenfassend kann man sagen, dass das System Athens einen wichtigen Grundstein für moderne Demokratien gelegt hat, selber allerdings noch an einigen Stellen undemokratisch handelt.